



## **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**

### **63. Sitzung (öffentlich)**

22. Juni 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD) (Stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Iris Staubermann

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016)**

**5**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12117

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/12117 – mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Piraten bei Stimmenthaltung der CDU und der FDP zu.

- 2 Gesetz zum Erlass eines Landesbibliotheksgesetzes und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften 7**
- Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/11436
- Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss für Kultur und Medien vorgesehenen Anhörung zu beteiligen.
- 3 Landesinterne Umsetzung des Hochschulpakts 2020 in der dritten Programmphase (2016-2023) 8**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/4012
- Bericht durch Ministerin Svenja Schulze (MIWF)
  - Aussprache
- 4 Förderentscheidungen im Programm Sonderforschungsbereiche (SFB) der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) 13**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/4014
- Bericht durch Ministerin Svenja Schulze (MIWF)
- 5 Sachstand zu Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern zur Förderung von Spitzenforschung an Universitäten, zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zur „Innovativen Hochschule“ 14**
- Bericht der Landesregierung
- Bericht durch Ministerin Svenja Schulze (MIWF)
  - Aussprache

<b>6</b>	<b>Entwicklung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in NRW</b>	<b>18</b>
	Bericht der Landesregierung	
	– Bericht durch Ministerin Svenja Schulze (MIWF)	
<b>7</b>	<b>Sachstandsbericht Talentscouting</b>	<b>20</b>
	Bericht der Landesregierung	
	– Bericht durch Ministerin Svenja Schulze (MIWF)	
<b>8</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>22</b>
	<b>a) Ideenwettbewerb zur Gründung eines Deutsches Internet-Instituts</b>	
	<b>b) Projekthandbuch für die zukünftige Abwicklung von Bauprojekten von BLB und Hochschulen</b>	<b>22</b>
	<b>c) Sitzungstermine in 2017</b>	<b>22</b>
	18. Januar 2017	
	08. Februar 2017	
	15. März 2017	



### Aus der Diskussion

#### 1 **Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12117

**Ministerin Svenja Schulze (MIWF)** erinnert an den unvorhersehbaren Großbrand an der RWTH Aachen. Der Nachtrag werde genutzt, um die aus dem Brand voraussichtlich entstehenden Folgekosten abzubilden. Zunächst würden 5,5 Millionen € für diesen Zweck veranschlagt.

Die verschiedenen Einrichtungen benötigten im Bereich Integration sehr viele Kräfte, um den Studierenden Deutsch beizubringen. Der Nachtragshaushalt sehe daher Mittel für ein neues Ausbildungsangebot vor, durch das Lehrkräfte für den Unterricht fremdsprachiger Schüler qualifiziert werden könnten.

**Dr. Joachim Paul (PIRATEN)** hebt hervor, die Piraten hielten die Änderungen im Einzelplan 06 insgesamt für überschaubar und vertretbar. Auch die Unterstützung der RWTH Aachen sei sinnvoll. Da der Nachtragshaushalt insgesamt jedoch viele Punkte enthalte, die seine Fraktion ablehne, lehnten die Piraten den Haushalt ab.

**Dr. Stefan Berger (CDU)** streicht einen grundsätzlichen Dissens mit der Haushaltspolitik der regierungstragenden Fraktionen heraus. Zum Nachtragshaushalt habe die CDU-Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuss eine Reihe von Fragen gestellt, die dort noch nicht beantwortet worden seien. Von der Beantwortung dieser Fragen hänge jedoch das Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion ab. Deshalb enthalte sich die CDU bei der folgenden Abstimmung.

**Dietmar Bell (SPD)** bedankt sich ausdrücklich bei der Landesregierung für die unbürokratische Hilfestellung nach dem Großbrand an der RWTH Aachen. Diese sei wichtig, um die Handlungsfähigkeit in diesem Bereich sicherzustellen.

Die Verpflichtungsermächtigungen für die FH Köln zur Hochschulmodernisierungsvereinbarung in Höhe von immerhin 190 Millionen € stelle ein starkes und deutliches Zeichen für die Kontinuität in der Hochschulmodernisierung in NRW da. Die SPD-Fraktion begrüße den Nachtragshaushalt daher nachdrücklich und stimme ihm zu.

**Angela Freimuth (FDP)** bedankt sich für die Erläuterungen durch die Ministerin. Die Ausgaben für die RWTH Aachen nach dem Brand seien selbsterklärend.

Zu dem Mittelansatz für das Institut Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen in Höhe von immerhin 1,6 Millionen € bitte sie dagegen um detailliertere Ausführungen.

Davon unabhängig könne sie im Namen der FDP-Fraktion keine Zustimmung zum Nachtragshaushalt signalisieren, zumal die Beratungen innerhalb der Fraktion noch nicht abgeschlossen seien. Einzelne Maßnahmen zum Beispiel in den Bereichen Schule und Polizei seien jedoch unterstützenswert.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)** stimmt dem Nachtragshaushalt zu. Er enthalte verschiedene Punkte, die die Sanierungsbedarfe an verschiedenen Hochschulen unterstützten. Hierzu zählten insbesondere die 190 Millionen € zur Modernisierung der FH Köln, aber auch die 5,5 Millionen € zur Abfederung der durch den Brand an der RWTH Aachen entstandenen Schäden.

Die Universität Duisburg-Essen erhalte zusätzliche Mittel in Höhe von 1,6 Millionen €. Auch die Förderung der Flüchtlingsarbeit durch eine finanzielle Unterstützung des Bereichs Deutsch als Zweitsprache stelle ein wichtiges Anliegen der Grünen dar.

**Ministerin Svenja Schulze (MIWF)** legt dar, die Universität Duisburg-Essen wolle im Bereich der sozioökonomischen Studien ein neues Zentrum aufbauen und das Zentrum für Arbeit und Qualifikation verstärken. Beides geschehe vor dem Hintergrund der sich durch die Digitalisierung stark verändernden Arbeitswelt. In der Forschung in Nordrhein-Westfalen gebe es durchaus noch Bedarf, stärker in den Bereich einzusteigen und zu prüfen, wie die Entwicklung wissenschaftlich begleitet werden könne. Das Ministerium halte das Anliegen für sehr sinnvoll und wolle es finanziell unterstützen. Die Universität Duisburg-Essen scheine ein sehr logisches Konzept dazu aufgebaut zu haben.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/12117 – mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Piraten bei Stimmenthaltung der CDU und der FDP zu.